



DARFUR KONFERENZ AM ASPR Rebellen verpflichten sich zum Schutz der Zivilbevölkerung

Zwei wichtige Rebellengruppen des Darfur-Konfliktes – Justice and Equality Movement (JEM) und Sudan Liberation Army/Minni Minnawi (SLA/MM) – vereinbaren am Friedensinstitut Schlaining Schritte zur Verbesserung der Situation der Binnenvertriebenen und zur Minenräumung in der ostafrikanischen Krisenregion.

Stadtschlaining, 28. März 2019 – Begleitet durch das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR), das Menschenrechtszentrum der Universität Graz (UNI-ETC) und das Herbert C Kelman Institut (HKI) verhandeln seit Montag zwei einflussreiche Rebellengruppen aus Darfur in Stadtschlaining.

Die hochrangigen Delegationen des Justice and Equality Movement (JEM) und des Sudan Liberation Movement/Minni Minnawi (SLM/A/MM) einigten sich am 28. März auf ein Abschlussdokument, das Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Binnenvertriebenen in der Krisenregion vorsieht. Außerdem einigte man sich auf konkrete Schritte zur Beseitigung von Minen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen.

300.000 Tote und 2,7 Millionen Binnenvertriebe - so die traurige Bilanz des Konflikts, der seit 2003 im Westen des Sudans zwischen Rebellengruppen und der sudanesischen Regierung wütet. Kinder, die beim Spielen mit Patronen verstümmelt werden oder auf Minen treten stehen in Darfur, eine Region so groß wie Frankreich, auf der traurigen Tagesordnung. Verhandlungsversuche zwischen den Konfliktparteien sind bisher gescheitert.

Und doch gibt die Initiative in Schlaining Hoffnung. Die Verhandlungen sind Teil einer Dialogserie, die bereits 2012 vom ASPR begonnen wurde und sich dem Schutz vulnerabler Gruppen, speziell Kindern, in der Krisenregion widmet. Die Gespräche bieten die Möglichkeit, das Vertrauen zwischen den Parteien zu stärken. ein Bewusstsein hinsichtlich der Langzeiteffekte Konfliktes des auf die Zivilbevölkerung zu schaffen und gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die Verhandlungen wurden von Vorträgen begleitet, um den Rebellengruppen den internationalen Rechtsrahmen und Umsetzungsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zu den Auswirkungen von Kampfmittelrückständen näherzubringen.

Norbert Darabos, erst seit kurzem Präsident des ASPR, begrüßte die Delegationen, und berichtete von

ASPR Pressemitteilung 1





seiner Zeit als Verteidigungsminister: "Ich habe mich 2008 dafür eingesetzt, dass sich Österreich an der EU-Mission im Tschad beteiligt, welche das Mandat hatte, Flüchtlinge, auch aus Darfur, zu schützen und humanitäre Hilfe zu leisten. Obwohl die Öffentlichkeit dem Einsatz kritisch gegenüberstand, wollten wir einen Beitrag zum Schutz von Zivilisten, vor allem Kindern, leisten. Es freut mich sehr, dass ich nun an diesem Engagement im Rahmen der zivilen

Konfliktbearbeitung in neuer Form wieder anknüpfen kann."

Das Darfur-Projekt wird im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit von der Austrian Development Agency gefördert und sieht mehrere Dialogrunden und Workshops mit den Rebellengruppen vor.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Länder in Afrika, Asien, in Südost- und Osteuropa sowie die Karibik bei ihrer nachhaltigen sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung. In Österreich trägt sie durch Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung entwicklungspolitischer Kommunikation und Bildung zu mehr Verständnis für globale Zusammenhänge und Entwicklungszusammenarbeit bei.

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) plant die Strategien. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, setzt diese mit öffentlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen um.



Rückfragehinweis: Elke Marksteiner, marksteiner@aspr.ac.at+43 3355 2498 519

Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR)

Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Austria
Phone: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: aspr@aspr.ac.at
www.aspr.ac.at | SPR_Schlaining | ASPR.Schlaining



ASPR Pressemitteilung 2